

Bar men

Hauptgeschäftsstelle und Redaktion Feuerweg 57
Fernspr. für Geschäftsstelle u. Redaktion Rr. 714 u. 4997.

(Allgemeine Zeitung für Berg und Hütten.)

Die Ruhrbesetzung im Hauptausschuß des Reichstages.

Die Fürsorge des Reichstages.

Nachdem gestern, wie wir schon berichteten, Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft Dr. Lutzer, über die Lebensmittelversorgung des Ruhrgebiets gesprochen hatte, äußerten sich Staatssekretär Hamm und Reichswirtschaftsminister Dr. Becker über die Maßnahmen der Regierung zur

Bekämpfung des Wuchers und der Preistreiberei.

Das Reich der Finanzministerien werde, bount durch einen Antrage des Reichstages entsprechend durch Verordnung für die Zulassung zum Handel mit Lebens- und Futtermitteln das Erforderniß des wirtschaftlichen Bedarfs aufheben, bei dessen Begegniß die Handelsverträge wieder zu entziehen. Es gehe weiter in Frage, ob nicht die sämtlichen bisher erteilten Erlaubnisse einer allgemeinen Nachprüfung und der Erneuerung in jezt gebotenen Maße zu unterziehen seien. Weiter sollen die Vorschriften über Preisabgrenzung und Preisabhang, in denen die Verkäufer vielfach ihren Schutz suchen, darauf geprüft werden, ob sie sachlich und im Strafmaße genügen, und allenfalls vereinfacht werden. Die gesetzlichen Bestimmungen über Wucherbekämpfung, Preisverweigerung, sollen sofort einheitlich zu sammengefaßt werden, vielleicht im Wege der vereinfachten Gesetzgebung, so daß der Volksgesetzgeber eine brauchbare, übersichtliche Grundlage findet. Mit all diesen Dingen sei natürlich die volkswirtschaftlich begründete Forderung nicht aus der Welt geschafft. Wirlich bezugnehmen sei der Forderung ja nur von der Währungsseite.

Reichswirtschaftsminister Dr. Beder: Zwei Fragen hätten die Einwohner der besetzten Gebiete hauptsächlich bewegt: die Sorge darum, was geschehen werde, wenn infolge von wirtschaftlichen Schwierigkeiten Arbeitslosigkeit eintreffe und die Frage, ob die Verteuerung der Lebenshaltung in erträglichen Grenzen gehalten werden könne. Die sachliche, eingehende Beisprechung habe eine gewisse Beruhigung gebracht. Der Minister ergänzte dann die Mitteilungen des Staatssekretärs Hamm über die Maßnahmen der Bundesregierung und betonte, daß dieser Kampf nur allein von Felsigkeit, Gedächtnis und vor allem von der Mobilisierung der Kräfte werden müsse.

Wdr. Männer-Kranke (S. 24): Wir stehen in dem Kampf mit Frankreich erst in den Anfangs-Wege-
regelten. Will man die Stimmung aufrechterhalten,
dann müssen die Massen den Einbruch und die materiell-
Möglichkeit haben, das für sie alles angedeutet. Wir wol-
len, daß die Regierung über die Worte durch Tatsachen
stützt. Das Nationalität ist, daß der Zustand befestigt wird,
daß die Lohn- und Gehaltsempfänger in gutem Ge-
föhre für die Steuerstellen tragen. Während die Befrei-
den sich auch die Selbstentwertung ist
aller Lasten entziehen. Beim Nationalität wird
vielleicht Steuerentlastung befestigt werden müssen
Es muß auch alles geschehen, um die deutsche Währungs-
zu führen. Wenden freilich ist es gleichgültig, wie der
Dollars steht. In anderen Ländern sind Maßnahmen ge-
die Deutschspezialisierung erfolgreich durchgeführt: worden
Wir brauchen auch die Zentralisation der Währungs-
mittelüberweisung des Ausdrucks, die
sonst gibt es demagogische Preissteigerungen, die
sich, je häufigeren Preissteigerungen, be-
Nahrungsmittel sind unerschöpflich und unerschöpflich. Da-
Mitgehen der Preise für die inländischen Erzeugnisse mit
der Margarine darf nicht geschehen werden. Aus gege-
die Preispolitik der Rohstoffe und Rohstoffe muß einge-
schritten werden. Wenn die Preise sich nach den Inber-
zahlen richten dürfen, dann verlangen wir dieselben für
den Lohn.

Hrsg. v. Harbort (Deutsche Sp.) führte aus, daß eine Befämpfung des Buchers nötig sei; durchschlagend sei aber die
Gestaltung der Währung.

Nothwendig seien vor allem wertbeständige W
 seiden, damit Sparen wieder Sinn habe. Die Zwangs
 wirtschaft werde uns schwerlich helfen; alle Wirtschaft
 freie müßten sich klar werden, daß im Kampfe um Selb
 sterhaltung kein Opfer zu bringen seien.

Abg. Erasing (Str.) gab erneut dem Gedanken Ausdruck, daß an dem augenblicklich immer mehr zunehmenden Elend des deutschen Volkes einzig und allein die Ruhrbekämpfung Schuld sei.

Hg. Dr. Heffertich (Dn.): Wir müssen den Kampf durchsetzen, denn niemand, der sich Deutscher nennt, kann zulassen, daß das deutsche Volk zum Elave des transatlantischen Kapitalismus wird. Unser unanfechtbar belauteter Ruf lautet nicht aus dem

bergraben, wodurch die Schuld, ferner aus den Salzen
der Verfall der Beträge und der transatlantischen Gewalt
tätig. Im Mai 1921 betrug die Unverzinslichkeit für Ein
waren 15,2, für Inlandwaren 12,7, am 25. Januar 1922
waren die gleichen Siffern 55,69 und 28,71. Diese Entwic
lung zeigt, wie die Devisenkrise unmittelbar auf die
Einflussnahmen und von dort aus auf die Höhe und In
landwaren einwirkte. Unter Rumpfen gegen die
Zuerung mußte deshalb in erster Linie bei der
Verbesserung der Saluta einleiten.

Reichsanstalt des Innern **Paris**
 teilte in Ergänzung seiner Mitteilung in der vorigen
 Sitzung des Hausparlamentes zu der französischen Ver-
 sammlung, die von einem guten Ergebnis der Ausbrei-
 tung für die **Robben** einbringt nach Frankreich
 berichten wolle, folgendes mit: In der Zeit vom 15. Fe-
 bruar bis zum 31. Januar, also seit dem Verbot der
Robbenlieferungen an Frankreich
und Belgien

und folgende Mengen beschlagnahmt und nach Frankreich und Belgien gebracht worden: Kohlen rund 22 000 Tonnen, Roß rund 17 000 Tonnen. Seit dem 1. Februar wurden insgesamt noch 82 Tonnen beschlagnahmt. Seit der Währung des Stiermarken

verbessert gelang es also nur, rund 40 000 Tonnen zu gewinnen. Vor der Besetzung lieferte Deutschland täglich 25 000 Tonnen Koffein und 20 000 Tonnen Rohs. Wenn die Besetzung nicht erfolgt, so hätten die beiden Staaten Frankreich und Belgien täglich 45 000 Tonnen, in 30 Tagen also 900 000 Tonnen bezogen. Der Reichsbedarf läufte also in zwanzig Tagen zu einem Wert von 860 000 Tonnen.

Die Fürsorge für die aus dem Ruhrgebiet Vertriebenen.

Minister Cieser gab dann folgendes bekannt: 1. Regelung der geldlichen Unterstützung. Blinden erhalten eine Selbstunterstützung in Höhe des Verdienstes im Falle, den sie seit der Vertreibung erlitten haben. a) Wird ein Blindling durch die Vertreibung aus trostigen Verhältnissen zu Führung eines doppelten Hausbrottes genötigt, so ist es angemessen zu entschädigen. Als Maßstab wird hierfür für einen Hausvater, der wegen Vertreibung aus Brau und 2 Kindern 30 Prozent des Verdienstes als Grunde zu legen sein. b) Ausgaben für Umzüge und Reisen werden insoweit erlegt, als diese durch die Maßnahmen der Eingriffsbehörde erforderlich und unabwendbar geworden sind. c) Ansprüche auf Erstattung von Sach- und Personenschäden sind an das Reichsministerium des Innern zu leiten. 2. Wohnungslieferung. Für die vorläufige wohnliche Unterbringung der Blinden ist mit Hilfe der Sozialbehörden Sorge zu tragen. Für die wohnliche Unterbringung sind die Familien darauf hinzuwirken, daß sie nach dem in Vorbereitung befindlichen Reichsgesetz der Wohnungsbau, unter Ausschluß einer Beschränkung der vorerwähnten Unterbringung beim Wohnungsbau zu demütigen. 3. Arbeitsvermittlung. Der Regierung hat geheißen, daß es den Blinden darum ankomme, möglichst bald eine gewerbliche Tätigkeit zu erlangen. Diese Bestimmungen sind nachdrücklich zu betonen. 4. Fürsorgestellen. Die Betreuung der Blinden liegt in der Hand des Deutschen Reichskreuzes. 5. Im übrigen finden die Bestimmungen für die Handhabung der Fürsorge für die Blinden, auch die abgetretenen und besteten preussischen Bestimmungen Anwendung.

Ida. Solmann (Sg.). Der Abgeordnete des Reichstages hat mit Recht erklärt, daß der einseitige Sieg des französischen Imperialismus die Verelendung der deutschen Arbeiterklasse nach sich ziehen wird. Und seine Freunde können viel zum Durchhalten in der Abwehr gegen Frankreich tun, wenn sie durch die Thatsachen, die sich täglich offenbaren, die deutsche Arbeiterklasse zeigen, daß wirklich die deutsche Arbeiterklasse die deutsche Sozialpolitik der französischen Überlegenheit soll. Der französische Propaganda, insbesondere dem Koblenzer Nachrichtenblatt, muß rasch und klar durch die deutsche Presse geantwortet werden. Der gegenwärtigen Propaganda des Reichstages ist zu antworten, daß die Lösung und Verbesserung der Lage der Arbeiter, von keiner Seite dürfen Oppositionen entgegengebracht werden.

Herr Poincaré hat die Massen der Arbeiter, Angestellten und Beamten der gesamten besetzten Gebiete auf schwerste Beleidigung und Herausforderung

durch seine Behauptung, diese Klassen handeln auf Befehl der Berliner Regierung. Was wir ganz haben und noch zu werden, geschieht nicht auf irgendwelchen Befehl, sondern aus der Überzeugung heraus, daß es sich um den Bestand der deutschen Wirtschaft und des deutschen Staats handelt, nicht auf Befehl, sondern aus innerster Ueberzeugung wollen wir es. Rhein und Ruhr das Reich retten.

Verfassungskommissioner Dr. Hermann: Die Commission ist seit der Abreise nach und nach sehr beschäftigt, weil die ganze Bevölkerung überzeugt ist, daß die heutige Regierung alles getan hat, um die Interessen der vernünftigen wirtschaftlichen Regelung der Entschädigungsfrage zu befördern, und daß sie alles thun wird, um der Not der Bevölkerung mit allen verfügbaren Mitteln entgegenzutreten. Zunächst allerdings um nach bestem Geheiß kein Unheil herbeigeführt werden. Es wird mit dem Abgeordneten Seemann der Auffassung, daß im Budgetgebiet die Frage der Erdrückung

Abg. Reimath (Dem.) erklärte im allgemeinen die Zustimmung zu den Magnahmen.

Wohnungsnachweis.

Wohnungsnachweis.

GA Berlin, 8. Febr. (Eig. Drahtb.) Die
Zustände, das bereits eine größere Anzahl von
Post- und Telegraphenbeamten aus dem alt-
neubesteigten Gebiet ausgewiesen worden ist, um
die Befriedigung, das sich ihre Zahl infolge der
handhabten Weigerung, dem eingebrachten Ge-
bühren zu leisten, noch weiter vergrößern wird,
hat den Verband Deutscher Post- und
Telegraphenbeamten veranlaßt,
in seinem über ganz Deutschland verbreiteten Mit-
gliederkreise einen Wohnungsnachweis für
die vertriebenen Beamten und ihre Familien zu or-
ganisieren. Die Unterbringung der Beamten wird
von einer in Hannover eingerichteten Ver-
bandsstelle aus im Benehmen mit der Reichspos-
tverwaltungsmittel vermittelt werden.

Hilfsbereitschaft in Mecklenburg.
In der Reihe der Rhein- und Ruß-
landgebungen in deutschen Ländern ragen be-
sonders ihre hervorragende Bedeutung die der

Die Schraube

WTB Paris, 9. Febr. (Draht.) Ueber die neuen Maßnahmen, die im Ruhrgebiet geplant sind, spricht sich heute „Ceure“ aus. Seit einigen Tagen bemerken die Anhänger der Besetzung, daß diese nicht viel einbringen werde. Sie erklärten: sie seien zu milde gewesen, und sie verlangten von der Regierung, daß die Schraube anziehe. Wodurch das werden sollte? Durch eine Verstärkung des militärischen Besetzungsregimes mit sofortigen geistlichen Sanktionen gegen die Ungehorsamen und die Saboteure und durch eine Verschärfung der Zollmaßnahmen gegen die Kohle, nach dem Holz und nach den Kohlenprodukten würden die französischen Zölle an der Grenze des besetzten Gebietes ausfallen, Stahl und die Produkte der Metallindustrie anfallen. Deshalb würden sie die Einführung von Zöllen in das Ruhrgebiet verhindern. Diese Maßnahmen würden offensichtlich den Konzern des Ruhrgebietes und seinen Leuten einen furchtbaren Schlag versetzen, aber sie würden eine zwiespältige Waffe sein. Würden sämtliche metallindustriellen Unternehmungen des Ruhrgebietes zum Stillstand kommen, so würde das Hindernis, das man französisch bereits aus dem Wege zu räumen versucht, wodurch das eigene Bemühen der Franzosen wieder zu ihnen aufgeführt werden.

Reilu und Schupo.

WTB Essen, 9. Febr. (Drahtber. Sesternnachmittag) verlusten Franzosen, einen Schupbeamtten, der nicht geprüßt hatte, festzunehmen. Dieser floß. Der französische Posten legte auf ihn an. Ein anderer Schupbeamtter, der in der Nähe war, zog seine Pistole und richtete sie auf den Franzosen. Der Franzose schoß darauf nicht. Ein französischer Offizier holte den französischen Posten in die Wache hinein. (Wahrscheinlich wird er bestraft worden sein, weil er aus Angst den deutschen Beamten nicht niedergeschossen hat.)

Ein französischer Offizier entwaffnet.

BB Berlin, 9. Febr. (Drathb.) Die di-
Wälder aus Eichen, Kiefer, wurde gestern von
mitrag die große Schaufensterscheibe der fran-
zösischen Buchhandlung am Hauptbahnhof
zertrümmert. Ein französischer Offizier stellt
sich in der Nähe stehenden Schuppel-
beamten zur Rede und wollte ihn ohn-
gefeigen. Eine rasch zusammengeströmte
Menschenmenge entwarf sie darauf be-
stürzt.

Verprügelt.

o **Donnerst.** 9. Febr. In später Abendstunde be-
lastigten zwei französische Soldaten in der Stadt
fortgesetzt friedliche Arbeiter und Bürger. Als die
Franzosen, die schon vorher ohne Grund einzeln
Bürger mit Erschießen bedroht hatten, ihre Revol-
te abermals auf die Menge anlegten, wurde
sie entworfen und von der empörten
Menschenmasse nicht unerheblich
verletzt.

Erfolgreicher Einspruch.

TU. Banne, 9. Febr. (Draht.) Nachdem
 die Transporen den Bahnhof Banne befreit
 hatten, eroberte Antmann Weiberg hiergegen
 ließ beim transporens Kommandanten und wie
 darauf hin, daß Banne ein bedeutender Notener-
 punkt sei und daß die Lebensmittelauf-
 gefährdet werde, da die auf dem Bahnhof
 liegenden großen Lebensmittelmengen dem Ver-
 derben preisgegeben seien. Antmann Weiberg
 suchte um sofortige Räumung des Bahnhof. So-
 den 6 Uhr abends wurde der Bahnhof von den

elgien will angeblich
eine noch schärfere Tonart.

GA Paris, 8. Febr. (Fig. Drahtb.) Am
mai d'Orsay wurde heute abend befragt, daß die
belgische Regierung die von Frankreich im Aus-
land angewandten Methoden nicht für wirksam
halte und dies der französischen Regierung mitthei-
len habe. Gegenwärtig sind belgisch-französi-
sche Verhandlungen zur Erzielung eines einseitigen
Uebereinkommens im Gange. Belgien empfand,
da es versichert wird, die französischen
Methoden als zu wenig
energisch und hat eine Reihe weiterer schär-
fer wirtschaftlicher Maßnahmen
vorgeschlagen.

Am Quai d'Orsay wird betont, daß auch der
numerische Aufschwung für die Konstruktion Amerikas

2

